KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 153 | Wilhelmshaven | Juli 1999

ALLEINGELASSEN

ERFAHRUNGEN VON SOZIALHILFEEMPFÄNGERN MIT DEN ÄMTERN - SEITE 5 -

Im Blatt:

Vieles hat er mitgemacht und so manche Kröte geschluckt - doch das Hurra seiner Genossen zur Bombardierung Jugoslawiens brachte das Fass zum Überlaufen. Hintergründe eines Parteiaustritts auf Seite 3.

"Starken Tobak" gibt es auf Seite 5. Dabei geht es um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Eine ausführliche Ausarbeitung der Auseinandersetzung um die schrittweise Privatisierung der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe.

Tiermüllvermeidung - ein scheussliches Wort für eine noch scheusslichere Sache. Auf Seite 10 bringen wir neue Ideen in die Auseinandersetzungen ums Wilhelmshavener Tierheim.

Fortgesetzt wird auf Seite 11 unsere Reihe zur Eingleisigkeit der Verwaltung: Aus zwei mach ein, Teil zwei.

Ist der Jadeport eine "unverzichtbare nationale Aufgabe" oder nur ein Reederhäppchen am Hafenbuffet? Auf Seite 12 gibt es Antworten.

Und zum Schluss natürlich wieder Thedas Brief an ihren liebn Kuddl.

Gegenwind
im
Internet:
http://
www.
gegenwind-whv.de

NACHRICHTEN

PSYCHIATRISCHE KRANKENPFLEGE

Seit dem 28. Juni sind die "Freien Sozialen Dienste Friesland e.V." auch in Wilhelmshaven zu erreichen. An diesem Tag nahm der Verein sein Büro in der Gökerstraße 75 in Betrieb.

Aufgabenbereich des Vereins ist die ambulante psychiatrische Krankenpflege. Psychisch Kranke können diese Leistung in Anspruch nehmen. Erforderlich ist dazu eine Verordnung durch einen Facharzt für Psychiatrie, Neurologie oder Psychotherapie.

Was ist ambulante psychiatrische Krankenpflege?

Menschen, die an psychischen Krankheiten leiden oder in schwere Lebenskrisen geraten sind, brauchen praktische Hilfestellungen, um in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können bzw. (etwa nach einem Klinikaufenthalt) wieder zurechtzukommen. Die häusliche psychiatrische Pflege bietet diese Unterstützung mit dem Ziel, die Krankheit zu heilen oder zu bessern, damit ein Krankenhausaufenthalt vermieden oder verkürzt werden kann: Gespräche, Begleitung in ängstigenden Situationen, Ermutigung und Unterstützung in allem, was Gesunden leicht von der Hand geht, psychisch Kranken aber unüberwindliches Hindernis ist. Die Angehörigen, die durch die Erkrankung eines Verwandten oft überfordert sind, werden dadurch entlastet.

Seit 1994 schon bieten die FSD Friesland e.V. diese Leistung an, bis vor etwa einem Jahr vorwiegend im Kreis Friesland. Seit der Eröffnung der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie am Reinhard-Nieter-Krankenhaus hat der Verein seine Tätigkeit auch auf die Stadt Wilhelmshaven ausgedehnt. Von Varel aus war das oft schwierig zu organisieren, so dass eine "Zweigstelle" in Wilhelmshaven notwendig wurde. Ein fester Arbeitsplatz ist hier geschaffen worden. Peter Ennulat, Krankenpfleger mit psychiatrischer Zusatzqualifikation, leitet das Büro. Er koordiniert die Einsätze der Pflegeteams und berät Kranke oder Angehörige in Fragen der Finanzierung der Pflege.

Auf Grund der Namensgleichheit besteht die Gefahr, die FSD Friesland e.V. mit dem Verein Freie Soziale Dienste e.V. zu verwechseln. Dieser Verein, der im Mühlenweg 84 seine Geschäftsstelle unterhält, leistet häusliche Kranken- und Altenpflege. Die Angebote beider Vereine sind also recht unterschiedlich.

Die Freien Sozialen Dienste Friesland e.V. sind unter der Telefonnummer 36 66 14 zu erreichen.

Freie Soziale Dienste Friesland e.V.

"TRIALOG" MACHT SOMMERPAUSE

Seit November des vergangenen Jahres treffen sich Psychose-Erfahrene, Angehörige und professionelle HelferInnen monatlich zum Erfahrungsaustausch. Diese Treffen finden jeweils am 2. Donnerstag des Monats statt.

In den bisherigen Sitzungen wurde eine breite Palette von Themen angesprochen und diskutiert. Es wurden Erfahrungen mit unterschiedlichen Medikamenten ausgetauscht, Vorbeugungsmöglichkeiten erfragt, die unterschiedlichen Sichtweisen der drei beteiligten Personengruppen verglichen und vieles mehr. Ein "harter Kern" von fast regelmäßigen TeilnehmerInnen hat sich im Lauf der Monate gebildet; darüber hinaus wechselt der Kreis der Gäste immer wieder. Neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind stets willkommen. Es gibt kein festes Programm; die jeweils Anwesenden legen bei jedem Treffen die Fragestellungen nach ihren Wünschen und Bedürfnissen fest.

Im August findet das Treffen nicht statt. Es geht weiter am **Donnerstag, den 9. September von 18 bis 20 Uhr** in der Evangelischen Familienbildungsstätte (Kantstraße 9).

ABGERISSEN

wird das ehemalige C&A-Gebäude an der Ebertstraße. Es soll Platz machen für einen Erweiterungsbau der Nordseepassage. Die beiden Gebäude werden mit einer Brücke verbunden. Die Stadt bleibt damit ihrem Plan, Wilhelmshavens Innenstadt in Richtung Hafen zu öffnen, treu. So war es auch nicht verwunderlich, dass diese Planung auf einhellige Zustimmung traf. Bedenken, dass der Erweiterungsbau zu weiteren Leerständen in der Marktstraße und den angrenzenden Bereichen führen wird, gibt es nicht. (hk)

ERFOLGREICH

verlief der Start des Gegenwinds im Internet. Die Ausgabe 152 (Mai 1999) wurde bisher 1924 mal aufgerufen (Mai: 592, Juni: 708, Juli (bis zum 12.7.) 624).

Zusätzlich zum aktuellen Gegenwind gibt es eine Seite mit aktuellen Nachrichten und Hinweisen und ein Archiv, in dem sich die Ausgaben 142 bis 152 befinden. Das Archiv wird natürlich noch weiter vervollständigt.

Es lohnt sich also allemal, im Internet die Seite www.gegenwind-whv.de aufzurufen. Wir empfehlen zur Ansicht den Internet-Explorer, weil wir wissen, dass unsere Seiten von anderen Browsern nicht unbedingt so wiedergegeben werden, wie wir sie ins Netz gestellt haben. (hk)

Gegenwind

im Internet: http:// www. gegenwind-whv.de

TITELBILD

Francis Bacon, Liegende Figur Nr. 3, 1959

Gegenwind

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND,Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
email: gegenwind.whv@t-online.de
Internet:
http://www.gegenwind-whv.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Hilde Wessendorf, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 5.200 Ex.
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - nach Möglichkeit alle 6 Wochen.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 14.7.1999
Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: Mitte August 1999
****
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.
Aufmerksamen LeserInnen wird auffallen, dass wir z.T. schon reformiert, z.T noch richtig schreiben. Wir reformieren uns langsam, aber sicher...

KRIEGSFOLGEN

NICHT NUR DIE GRÜNEN, SONDERN AUCH DIE SPD ERLEBT AUSTRITTE WEGEN DES KOSOVO-KRIEGES

(ef/noa) Am 8.6.99 veröffentlichte die "Wilhelmshavener Zeitung" den Leserbrief von Dieter Wilde "zur politischen Auseinandersetzung um den Kosovo-Krieg in den Reihen der Wilhelmshavener Sozialdemokraten". Der Fregattenkapitän a.D. bezieht sich darin auf ein Mitglied, das wenige Tage zuvor bei der Mitgliederversammlung der SPD-Ortsvereine Altengroden und Neuengroden seinen Austritt verkündet hatte. Er belehrt den ehemaligen Genossen (und die WZ-Leserschaft) über seinen "Irrtum": Die Vokabel "Angriffskrieg" sei "abwegig", da mit diesem Angriff keine territorialen, materiellen oder ideologischen Ziele verfolgt würden.

Zwar ist der Krieg der NATO gegen Jugoslawien mittlerweile beendet und von einer Besetzung abgelöst worden, doch die Streitfrage bleibt aktuell.

Wir lassen den Ex-SPD-Genossen selber zu Wort kommen. Sein Austrittsschreiben hat den folgenden Wortlaut:

"Nach fast 50-jähriger Mitgliedschaft in der SPD erkläre ich hiermit meinen sofortigen Austritt aus der SPD.

Eine Partei, deren von den Mitgliedern gewählte Volksvertreter einem Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat mit großer Mehrheit zustimmen, kann nicht mehr meine Partei sein, in die ich vor über 49 Jahren eingetreten bin.

Entgegen allen Grundsätzen der SPD und entgegen den Statuten der NATO, der UNO und des Völkerrechts hat fast die gesamte Bundestagsfraktion der SPD diesem widerrechtlichen Kriegseintritt zugestimmt.

Wie kleine Schulkinder hat sich die SPD-geführte Bundesregierung von den USA in diesen Krieg förmlich hineindrängen lassen.

Niemand weiß, wie dieser Krieg enden wird. Gut auf keinen Fall. Wie sagte vor Jahren der Genosse Carlo Schmid? ‚Lieber ein Jahr verhandeln, als einen Tag Krieg führen.'

Wenn ich mir selbst treu bleiben will, dann bleibt mir nur der Austritt aus der Partei, in der ich nach den Schrecken des 2. Weltkrieges meine politische Heimat und viele Freunde gefunden habe.

Es schmerzt besonders, wenn ich merke, dass ein großer Teil meiner Freunde den Kriegseintritt stillschweigend hinnimmt, als wäre nichts geschehen, und somit diesem Kriegseintritt die Zustimmung gibt.

Wo bleibt der Aufschrei friedensbewusster sozialistischer Menschen ‚NIE WIEDER KRIEG'?

Wie kann man das Leid unschuldiger Menschen mit noch größerem Leid anderer unschuldiger Menschen beenden wollen.

Der Schaden für Deutschland ist unermesslich. Die Kriegs- und Kriegsfolgekosten werden gewaltig sein."

Es ist in der SPD nicht das erste Mal, dass ein Genosse bei einer Versammlung spontan seinen Austritt erklärt. In diesem besonderen Fall war dieser Schritt eines Mitgliedes kurz vor seiner 50-jährigen Parteizugehörigkeit ein Aufschrei.

Es ist unfair, diesen verzweifelten Schritt zum Anlass für eine Darlegung einer abstrusen Kriegslogik zu verwenden. "Auch ist das Fehlen eines UN-Mandats als Begründung nicht überzeugend. Denn ein Krieg mit UN-Mandat (...) ist nicht weniger schrecklich." (Leserbrief Wilde)

Dass Kriege auf jeden Fall schrecklich sind, weiß der so Belehrte genau. Er hat den 2. Weltkrieg mit Bombenhagel selber erlebt, hat die Bilder der Flüchtlingstrecks aus Ostpreußen und Schlesien und die radikale Vertreibung Deutscher aus diesen Gebieten immer noch vor Augen, hat im Verwandten- und Bekanntenkreis liebe Menschen verloren. Heute ist er zwar nicht mehr SPD-Mitglied, aber aktives Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, der Freien Humanisten und der Naturfreunde. Der ihn da belehrt, war bei Kriegsende gerade eben schulpflichtig und kennt Krieg vom taktischen Schiffe-Versenken auf Seekarten.

"Wenn wir wirklich den Frieden wollen, müssen wir daher dieser Regierung den Rücken stärken. Dies war auch die überwiegende Meinung der versammelten Mitglieder", so schließt Wilde seinen Leserbrief. Selbst wenn letzteres stimmen würde, könnte man nicht ohne Diskussion den Schluss ziehen, dass der ausgetretene Genosse "das falsche Signal" setzt. Es stimmt jedoch auch nicht. Nach der Austrittsbegründung des alten Genossen herrschte betretenes Schweigen. Die viel gepriesene Streitkultur hat in der Wilhelmshavener SPD immer noch kein Zuhause gefunden. Selbst der auf der Versammlung anwesende UB-Vorsitzende Norbert Schmidt blieb dem Genossen die Antwort schuldig auf die Frage, warum der Unterbezirk keinen Sonderparteitag einberufen habe, um über den Krieg zumindest zu diskutieren. Immerhin ein Vorstandsmitglied äußerte sich: "Ich habe das so noch gar nicht gesehen. Die Worte des Genossen haben mich sehr nachdenklich gemacht."

Das SPD-Organ "vorwärts" zitiert einen bedeutendes SPD-Mitglied anlässlich dessen 100. Geburtstags. "Wer nicht schießen will, muss sprechen" hat Gustav Heinemann einmal gesagt. Schade, dass man in der Wilhelmshavener SPD schweigt. ❑

KULTUR - KOMMUNIKATION
HOTEL KLANG KLANG
Börsenstr.73
Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH
Frühstücken
Partys - Konzerte
FREITAG, 23.JULY
SCHOOL'S OUT !
Die AFTER-ZEUGNIS-Party
Ab 12 Uhr mittags
30.7. GLOOMY FRIDAY
EBM-Industrial-Dark-Wave Event
Freitag, 6.August
Party, or go home !
Punk, Rock'n Roll & Surf
DJ's: Heini Ramone & Bello Biafro
Freitag 13.8. → Barbeque Party !
Mittwoch, 25. August
- Konzert-des-Monats -
GLUECIFER
THE KINGS OF ROCK !
+ Support
montags
Roots-REGGAE & Dub
dienstags
BAKAHUNA BEATS
trip-hop--funk--easy listening

Rechtschreibwerkstatt
Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

5 MILLIONEN GESPART?

DER PRÜFDIENST DES SOZIALAMTS SOLL SOZIALHILFEMISSBRAUCH STOPPEN UND BRINGT GELEGENTLICH MENSCHEN IN UNWÜRDIGE SITUATIONEN

(noa) Zwei Wochen lang schlief Sven K.* in einer absolut leeren Wohnung auf dem nackten Fußboden, hatte nicht einmal eine Decke. Ursula W.* konnte ihre neu angemietete Wohnung sechs Wochen lang nicht benutzen, weil sie keinerlei Einrichtungsgegenstände besaß. Und Marina J.* pendelte fast zwei Monate lang zwischen ihrer leeren Wohnung und diversen Bekannten hin und her.

Die drei kennen sich gegenseitig nicht. Was sie gemeinsam haben: Sie sind SozialhilfeempfängerInnen, haben bis vor kurzem in einem gemeinsamen Haushalt mit Partner bzw. Familie gewohnt und mussten dort ausziehen. Sie haben eine eigene Wohnung gesucht und gefunden, für die in allen drei Fällen das Sozialamt die Miete bezahlt.

Außer einer Wohnung können mittellose Menschen auch Möbel und Hausrat beanspruchen. Wer aus dem elterlichen Haushalt auszieht oder vom Partner aus der gemeinsamen Wohnung gewiesen wird, besitzt im Allgemeinen diese Dinge nicht. In manchen Kommunen bekommen die Hilfe Suchenden vom Sozialamt einen Scheck und können sich das Benötigte kaufen. In Wilhelmshaven gibt es das Möbellager des Diakonischen Werkes. Hier bekommt man in einer solchen Notsituation eine Wohnungseinrichtung, wenn man einen Berechtigungsschein vorweisen kann. Den wiederum bekommt man beim Sozialamt.

Man erhält ihn allerdings nicht, indem man einfach seine Situation schildert und seinen Bedarf anmeldet. Seit 1993 unterhält das Sozialamt der Stadt Wilhelmshaven nämlich einen Prüfdienst. Er wurde eingerichtet auf Initiative der CDU. Der Zweck des Prüfdienstes ist es, unberechtigten Bezug von Sozialhilfeleistungen zu unterbinden. Meldet nun eine bedürftige Person ihren Bedarf an Möbeln an, dann kommt – mal schneller, mal weniger bald – ein Mensch vom Prüfdienst, besichtigt die leere Wohnung und notiert, welche Möbel benötigt werden. Danach erst gibt es den Berechtigungsschein, mit dem der/die WohnungsinhaberIn zum Möbellager gehen und sich Einrichtungsgegenstände aussuchen kann.

Warum es in einem der uns bekannt gewordenen Beispiele fast acht Wochen dauerte, bis der Prüfdienst kam, ist nicht festzustellen. Laut Auskunft des Sozialamtes vergehen in der Regel nur wenige Tage zwischen der Antragstellung und der Überprüfung. Beantragt jemand, der seine Wohnung tatsächlich schon bewohnt, eine neue Waschmaschine, dürfte es wohl auch nicht schwer sein, ihn in seiner Wohnung anzutreffen. Findet der Außendienstmitarbeiter des Prüfdienstes niemanden vor, hinterlässt er eine Terminkarte. Ob es bei Frau J. und bei Frau W. daran scheiterte, dass der Sozialamts-Angestellte den angekündigten Termin nicht einhalten konnte (was bei dieser Art von Tätigkeit bestimmt oft vorkommt) und die Frauen das Warten zu schnell aufgegeben haben, ob sie eine Karte zu spät vorgefunden haben, weil sie nicht täglich zu ihren leeren Wohnungen gegangen sind, ob sie ihrerseits einen Termin verpasst haben, wissen wir nicht. Sven K. jedenfalls wartete zwei Wochen lang in seiner Wohnung. Und das deutet darauf hin, dass es doch nicht immer so prompt klappt, wie man uns gesagt hat.

Fragt sich, warum in Fällen wie diesen der Prüfdienst überhaupt tätig werden muss.

Nach der Mai-Sitzung des Sozialausschusses war in der Lokalpresse zu lesen, dass der Dienst sich lohne: “Eine weitaus positivere Bilanz als erwartet kann der Beratungs- und Prüfdienst der Stadt Wilhelmshaven aufweisen. Dieses hat das Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit, CDU-Ratsherr Helmut Möhle festgestellt. ... Fazit von Helmut Möhle: Seit dem Jahr 1993 wurden über fünf Millionen DM beim Sozialamt eingespart.” (JeWo vom 1.6.99)

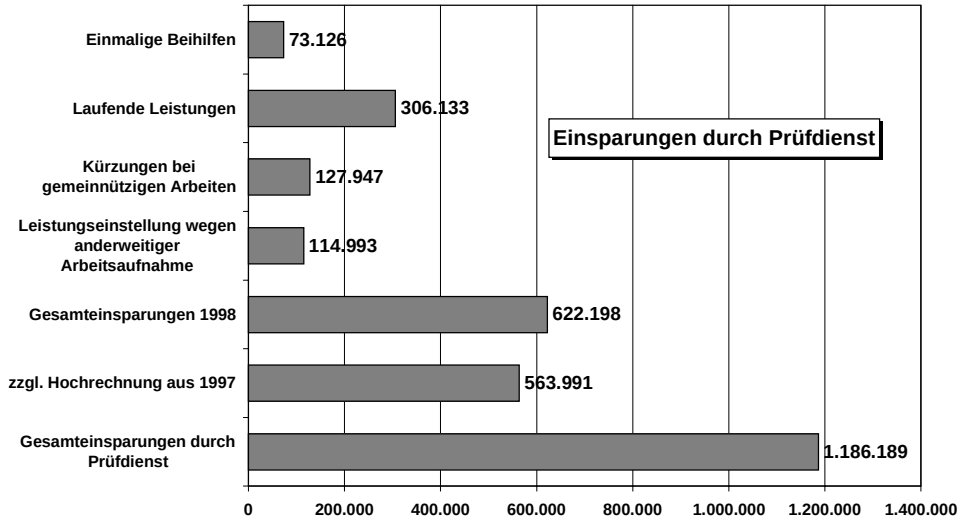
Welchen Anteil dieser stolzen Summe hätten die Menschen, die mit Hilfe des Sozialamts einen eigenen Haushalt gründeten, ohne Überprüfung unrechtmäßig gekostet? Und: Stimmt diese beeindruckende Zahl überhaupt?

Die über 5 Millionen DM ergeben sich aus der Aufsummierung der einzelnen Jahresberichte des Beratungs- und Prüfdienstes. Für das Jahr 1998 weist der Bericht (siehe Kasten) eine Einsparung von 1.186.188,79 DM aus. In diesem Betrag ist über eine halbe Million DM “Hochrechnung aus 1997” enthalten. Es sind die Sozialhilfeleistungen, die HilfeempfängerInnen 1998 bekommen hätten, wären sie nicht in den letzten Wochen

1997 aufgrund einer Überprüfung aus dem Leistungsbezug gefallen. Dabei wird unterstellt, dass Sozialhilfeempfänger, die eine Arbeit aufgenommen haben, sich aber nicht prompt beim Sozialamt abgemeldet haben, das ganze folgende Jahr weiterhin zusätzlich zu ihrem Lohn die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen hätten. Zieht man diese etwas fragwürdige Zahl ab, wird die Einsparung fast halbiert.

Überdies nennt die Auswertung nur die Brutto-Einsparung. Die vier Angestellten des Beratungs- und Prüfdienstes fahren nicht nur Geld ein, sondern kosten auch Gehalt und verbrauchen Material. Für die Personal- und Sachkosten können etwa 300.000 DM im Jahr veranschlagt werden.

Der Punkt 3 der Einsparungen kann dem Prüfdienst eigentlich nicht als Verdienst angerechnet werden. “Kürzungen bei gemeinnütziger Arbeit” heißt: Hilfeempfänger, die aufgefordert werden, für eine Aufbesserung ihrer Sozialhilfe um 2 DM/Stunde gemeinnützige Arbeit zu leisten, dieser Aufforderung aber nicht nachkommen, erleiden eine Kürzung ihrer Bezüge um 25 % - um solche



Leute zu “erwischen”, muss der Prüfdienst jedoch nicht tätig werden.

Fälle wie die eingangs erwähnten tauchen, wenn überhaupt, unter Punkt 1 (einmalige Beihilfen) auf. Zu diesem Punkt gehören auch defekte Haushaltsgeräte, bei denen der Prüfdienst feststellt, dass sie nicht teuer ersetzt werden müssen, sondern preiswert repariert werden können. Die an einmaligen Beihilfen eingesparte Summe entspricht etwa 200 auf diese Weise für den weiteren Gebrauch geretteten Waschmaschinen.

Bei allem Verständnis für die schwierige Haushaltslage Wilhelmshavens: Es fällt schwer, einzusehen, warum Menschen zwei Wochen oder länger ohne Bett und Kochtopf leben müssen, wenn dieser unwürdigen Situation eine Entlastung des Sozialhilfeetats um wenige DM entgegenstehen.

**Die Namen wurden geändert. Die betreffenden Personen sind der Redaktion bekannt.*

Auswertung der Tätigkeit des Beratungs- und Prüfdienstes 1998

2.071 Prüfaufträge wurden erteilt; davon wurden in 459 Fällen Einsparungen erreicht.

Insgesamt wurden durchgeführt:
1.483 Bedarfskontrollen,
248 Untersuchungen wegen vermuteter eheähnlicher Gemeinschaften,
281 Hausbesuche aufgrund unklarer Miet- und Wohnverhältnisse,
18 Hausbesuche aufgrund vermuteter Nebenverdienste,
41 sonstige Kontrollen.
Ergebnisse der Prüfungen: Siehe nebenstehende Tabelle

Der Name **Beratungs-** und Prüfdienst scheint angesichts des Berichts und der uns bekannt gewordenen Fälle eher kosmetisch als realistisch zu sein.

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT
Mainstraße 22, Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

“STARKER TOBAK”

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE NEUGESTALTUNG DER ABFALLWIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT (AWG) VERDEUTLICHEN TIEF SITZENDE DIFFERENZEN ZWISCHEN PERSONALRÄTEN DER STADT UND DER ÖTV-FÜHRUNG

(ub) Die Beschlüsse des Wilhelmshavener Stadtrates bezüglich der Neustrukturierung der Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) haben die Müllwerker der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe (WEB) in helle Aufregung versetzt. Sie fürchten, dass ihnen erst die Arbeit weggenommen wird und dann unvermeidlich Arbeitsplätze bei den WEB abgebaut werden. Ihr Zorn richtet sich jetzt aber gegen ihre Gewerkschaftsvertretung. Von Vertrauensbruch, gar Verrat ist die Rede. Der Gegenwind sprach mit dem Personalratsvorsitzenden der WEB Detlef Schue und dem ÖTV-Geschäftsführer Jürgen Harms.

Bislang war das Aufgabengebiet der im Juli 1993 gegründeten Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) auf die Beseitigung bzw. Verwertung von Baurestmassen beschränkt. 76 % der Anteile waren in städtischer Hand. Die Schortenser Gesellschaft für Materialkreislauf- und Abfallwirtschaft mbH & Co. KG (GMA) hielt lediglich 24 % der Anteile. Durch die vom Rat beschlossene so genannte Neustrukturierung der AWG fallen der privaten GMA 49 % zu. Das Aufgabengebiet der AWG wird erheblich erweitert

Zukünftige Aufgabengebiete der AWG:
* der Betrieb von Abfallbeseitigungsanlagen
* die Aufbereitung und Verwertung von Baurestmassen
* die Erfassung und Verwertung von Pflanzenabfällen
* die Erfassung, Aufbereitung und Verwertung von Gewerbe- und Bauabfällen...
* die Erfassung von Abfällen zur Verwertung aus privaten Haushalten, Gewerbe und Industrie
* Reinigungs- und Unterhaltungsdienste
* die verwertungsorientierte Einsammlung sperriger Abfälle
* die Vorbehandlung von Restabfällen

Oberstadtdirektor Arno Schreiber verweist in einem Schreiben an den Dienststellenpersonalrat der WEB Detlef Schue darauf, dass ”der Gesetzgeber Abfälle aus der alleinigen Zuständigkeit der Kommune herausdefiniert“. Diese, so Schreiber, sollen durch Reformierung der AWG ”in einer kommunal bestimmten, privaten Gesellschaft in Wilhelmshaven gehalten werden”. In dem von der Stadt Wilhelmshaven und der GMA auf Grund der Anteilsumverteilung und Festlegung der Aufgabenbereiche der AWG zu schließenden Vertrag sehen Stadt und GMA ”in der gemeinsamen Ausweitung der bisherigen Aktivitäten der AWG eine gute Grundlage, zusätzliche Arbeitsplätze in Wilhelmshaven zu schaffen...” Auch ÖTV-Geschäftsführer Jürgen Harms verweist gegenüber dem Gegenwind darauf, dass auch nach Anteilsumverteilung die öffentliche Hand in dieser Abfallwirtschaftsgesellschaft die Mehrheit behält. Dies sei, so Harms, in vielen anderen Kommunen schon nicht mehr der Fall.

Auf Grund oben genannter Veränderungen lud Dr. Jens Graul u. a. den ÖTV-Sekretär Michael Ramke und den ÖTV-Geschäftsführer Jürgen Harms zu einem vertraulichen Gespräch ein. Harms: ”Wir sind wegen der bei der AWG zu erwartenden Personalentwicklung gefragt worden, ob die ÖTV sich vorstellen kann, die tariflichen Interessen der AWG-Kollegen zu vertreten. In diesem Zusammenhang von Verrat gegenüber den ÖTV-Mitgliedern zu sprechen, ist schon starker Tobak.”

Jürgen Harms bedauert insbesondere auch die Art und Weise der Auseinandersetzung. Über einzelne Schritte der WEB-Kollegen habe er ”erst aus der Presse” erfahren. Ein für Gewerkschafter ”unüblicher Umgang”, der ”der gewerkschaftlichen Sache insgesamt Schaden zufüge.” Im Jeverschen Wochenblatt vom 19. Juni 1999 sprach Harms von Anschuldigungen, die ”schon unter die Gürtellinie (gehen)”, und drohte entsprechende Folgen an.

Der Gegenwind sprach mit dem Dienststellenpersonalratsvorsitzenden der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe Detlef Schue über die Befürchtungen der WEB-Kollegen hinsichtlich der jetzt eintretenden Veränderungen bei der Abfallentsorgung.

***Gegenwind**: Die Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) wird neu strukturiert, die Anteile der Gesellschaft neu verteilt. Was passiert da aus deiner Sicht überhaupt?*

Schue: Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass man jetzt der GMA 49% der Anteile gibt und sie mehr oder weniger als gleichberechtigten Partner in die Abfallwirtschaftsgesellschaft holt. Die Gründe dafür kenne ich nicht. Der Werksleiter der WEB Franz Neugebauer wird gleichzeitig Geschäftsführer der AWG. Der Aufsichtsrat der AWG setzt sich zukünftig unter anderem zusammen aus Dr. Jens Graul, Hans Gabriels und Heinz Weerda. Also alles Leute, die auch im Werksausschuss der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe (WEB) sitzen. Die personellen Entscheidungen sind m. E. so getroffen worden, weil man zukünftig Aufgabenbereiche von der WEB an die AWG verschieben will. Aus der Belegschaft werden schon Äußerungen wie ‘Müllmafia-Versorgungsbetriebe’ und ‘die Fortsetzung vom

➜

dreckigen Sumpf" laut.

Zum Aufgabenbereich der AWG. Die AWG war im wesentlichen bislang zuständig für die Beseitigung von Baurestmassen. Also Hauptaufgabe war die Baustoffrestverwertung. Wie schätzt du die jetzt neu definierten Aufgabengebiete ein?

Zukünftig kann diese AWG alle klassischen Bereiche der Müllabfuhr und evtl. auch die Straßenreinigung abdecken. Die Verträge, die jetzt geschlossen worden sind bezüglich der künftigen Aufgabenbereiche der AWG, sind sehr weit gefasst.

In dem Antwortschreiben von Oberstadtdirektor Arno Schreiber auf deinen offenen Brief heißt es, dass der AWG u.a. die Aufgabe zufallen soll, "Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushalten, Gewerbe und Industrie" zu erfassen. Damit ist aber doch nicht die Abfuhr der Restmülltonne gemeint.

Doch. Richtig ist, dass zwischen Verwertung und Ablagerung unterschieden werden muss. Wir, die WEB, lagern z.Zt. den Restmüll noch ab. Die Mülldeponie darf allerdings nur noch bis zum Jahr 2005 betrieben werden. Wenn eine Verlängerung der Ablagerung des Restmülls über das Jahr 2005 nicht möglich sein sollte, ist es nicht unwahrscheinlich, dass dieser Restmüll dann verbrannt wird. Verbrennen wird aber als Verwerten kategorisiert. Man spricht hier von thermischer Verwertung. Spätestens dann kann die AWG auch den Restmüll abfahren zwecks eben dieser thermischen Verwertung.

Auch alle anderen genannten Aufgabengebiete der AWG sind klassische Aufgaben der WEB. Z. B. die Abfuhr von Sperrmüll und die Abholung von Bioabfällen. Hier kann eine Verlagerung der Arbeiten von der WEB auf die AWG praktisch von heute auf morgen erfolgen.

Wenn sich diese Aufgabengebiete zur AWG verlagern, welche Konsequenzen siehst du für die Kollegen der WEB?

Uns wird die Arbeit weggenommen. Wir befürchten dann natürlich Arbeitsplatzabbau.

Aus dem Gesprächskreis, der sich am 21.4.99 im Büro von Stadtrat Jens Graul traf, kam harsche Kritik in Richtung des Personalrates der WEB. Ihr habt demnach "keine Ahnung von der sich anbahnenden Entwicklung in der Abfallwirtschaft, von dem Druck, der von überregionalen Unternehmen auf lokale Arbeitsplätze ausgeht." Was sagt ihr dazu?

Also, aus gewerkschaftlicher Sicht - dies haben mir auch Gewerkschaftsfunktionäre aus anderen Städten bestätigt - ist es nicht zwingend erforderlich, dass man in Zukunft privatwirtschaftlichen Unternehmen Aufgaben der kommunalen Entsorgung überträgt. Rein theoretisch können wir das alles selber machen.

Aber die Privaten machen das billiger?

Ja, aber nur dann, wenn die ihre Arbeitnehmer schlechter bezahlen. Und das passiert auch nach meinen Informationen. In den privaten Entsorgungsbereichen gibt es z. Zt. erhebliches Lohndumping. Also, wenn die Rede davon ist, dass private Anbieter den Müll preisgünstiger entsorgen, muss immer auch dazu gesagt werden, dass die Arbeiter dort schlechter bezahlt werden.

Es heißt , dass die Stadt und die GMA "in der gemeinsamen Ausweitung der bisherigen Aktivitäten der AWG eine gute Grundlage (sehen), zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen...". Arno Schreiber will "Arbeitsplatzabbau bei den WEB über Fluktuation ... nicht ausschließen". In der WZ vom 18. 6. 99 konnten wir lesen, dass "niemand entlassen oder zur AWG versetzt werden soll". Aber aus Altersgründen ausscheidende Mitarbeiter werden bei der WEB nicht ersetzt. Was wird deiner Meinung nach passieren?

Also, das Problem beschäftigt uns schon konkret. Bei uns sind jetzt zwei Kollegen in den Ruhestand gegangen. Diese frei gewordenen Personalstellen werden erstmal nur befristet bis zum Ende des Jahres 1999 neu besetzt. Im laufenden Kalenderjahr scheiden noch drei weitere Kollegen aus Altersgründen aus. Auch hier ist zu erwarten, dass bis zum 31. 12. 99 befristet diese Stellen neu besetzt werden. Ich gehe nicht davon aus, dass diese Verträge verlängert werden. Wir haben dann also schon mal fünf Kollegen weniger bei den WEB.

Arbeitsplätze, die dann bei der AWG dazukommen?

Das weiß ich nicht. Fakt ist, dass bei der WEB Arbeitsplätze abgebaut wurden. Ob danach Arbeiter bei der AWG eingestellt werden oder eventuell Leute von der GMA dort beschäftigt werden, ist ja noch völlig offen. Aber ich bin sicher, dass nicht im gleichen Maße, wie bei der WEB Arbeitsplätze abgebaut werden, bei der AWG Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wie haben die Kollegen im Betrieb reagiert, als die veränderte Betriebsstruktur bei der AWG und die Folgen für die WEB bekannt wurden?

Einige Kollegen sind spontan aus der Gewerkschaft ausgetreten. Die Kollegen befürchten, dass die Arbeitsplätze bei der WEB nach und nach verschwinden. Hier soll nach Meinung vieler Kollegen ganz bewusst Abbau betrieben werden. Uns Müllwerkern und Straßenreinigern bei den WEB wird ja auch aus der kommunalen Führungsetage bescheinigt, dass wir eindeutig zu viel verdienen und zu viel Mitspracherechte haben. Die Kollegen sagen, dass jetzt der Versuch unternommen wird, die WEB auszubluten.

Gegenüber der WZ haben so genannte Insider in diesem Zusammenhang "von tariflichen Ausuferungen der 70er und 80er-Jahre" gesprochen, an denen die zukünftig bei der AWG beschäftigten Kollegen dann nicht mehr partizipieren sollen.

Gemeint sind die tariflichen Vereinbarungen, insbesondere die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen. Dafür haben die Kollegen seinerzeit gekämpft. Die Lohnverbesserungen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zu vielen Bereichen der Privatwirtschaft bekanntlich in der Vergangenheit eher niedrig ausgefallen. Wer also von "tariflichen Ausuferungen" spricht, kann seinen Kopf vermutlich nur in eine Richtung drehen.

Zum Streit mit der ÖTV-Führung. Was wirfst du, was werfen deine Kollegen der ÖTV-Führung vor?

Wir werfen der ÖTV vor, dass bereits am 21. 4. d. J. die Kollegen Jürgen Harms und Michael Ramke mit Stadtrat Dr. Jens Graul, Heinz-Jörg Mellen (Geschäftsführer der GMA) und Franz Neugebauer (Werksleiter der WEB) ein Gespräch über die Neustruk-

UNTERWEGS
REISEAUSRÜSTUNGS GMBH
OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!
Nur echt in der NORDSEE PASSAGE
WILHELMSHAVEN
Tel: 04421-994287 Fax 994288

ZEITSPRUNG
natürlich wohnen
Naturfarben, -öle, -wachse · Tapeten
Kleber · Wandputze
Holzfußböden · Korkparkett · Linoleum
Sisal- und Kokosbeläge · greenline-Teppichböden
Reinigungs- und Pflegemittel
Parkett-Schleifmaschinen Verleih
Mühlenweg 86 · 26384 Wilhelmshaven
Tel. 04421-33134 · Fax 34360

turierung der AWG mit den entsprechenden Auswirkungen für die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe geführt haben. Insbesondere machen wir den ÖTV-Sekretären zum Vorwurf, dass sie über den Inhalt dieses Gespräches Stillschweigen vereinbart haben. Es wurde sogar vereinbart, nach außen nicht Kund zu tun, dass dieses Gespräch überhaupt stattgefunden hat.

Durch die Indiskretion eines Teilnehmers dieses Gesprächs habt ihr aber dann doch Kenntnis bekommen. Der verbale Schlagabtausch in der örtlichen und regionalen Presse zwischen der Personalvertretung der WEB und der örtlichen ÖTV-Führung war dann heftig. Ihr habt von Verrat an den Kollegen gesprochen. Wie ging die Auseinandersetzung weiter, wie sahen die Folgen aus?

Der Personalrat hat einen Brief an den Kollegen Herbert Mai vom ÖTV-Hauptvorstand Stuttgart sowie an den Kollegen Jan Kahmann vom ÖTV-Bezirk Weser-Ems geschrieben. Wir haben in diesem Brief personelle Konsequenzen im Bereich der ÖTV-Kreisverwaltung Wilhelmshaven/Friesland gefordert. Man kann als Gewerkschafter nicht Stillschweigen mit der Arbeitgeberseite vereinbaren, insbesondere dann, wenn Nachteile für Gewerkschaftsmitglieder drohen.

Wie haben die übergeordneten Gewerkschaftsebenen reagiert?

Kollege Herbert Mai hat auf die Zuständigkeit des Bezirkes Weser-Ems verwiesen. Jan Kahmann aus dem Bezirk Weser-Ems hat abgewiegelt. Alles halb so schlimm. Das war seiner Meinung nach nur ein Informationsgespräch, zu dem die Stadt eingeladen hatte.

Und die Kollegen im Betrieb, wie haben die darauf reagiert?

Als dieser Brief (von Jan Kahmann) bekannt wurde, waren nicht wenige der Kollegen von der ÖTV-Spitze so enttäuscht, dass sie ihren Gewerkschaftsaustritt in Erwägung zogen. Nach Meinung der Kollegen wurde der Vorgang verharmlost. Ein Massenaustritt bei den Kollegen der WEB stand daraufhin unmittelbar bevor. Auch ich hatte kurzfristig überlegt, die Gewerkschaft zu verlassen. Wir haben uns dann aber entschlossen, eine Unterschriftenaktion zu starten, mit dem Ziel, dass der Kreisverwaltung Wilhelmshaven/Friesland und insbesondere deren Geschäftsführer Jürgen Harms die Zuständigkeit für unsere Belange entzogen wird. Es ging mir auch darum, klar zu stellen, dass entgegen der Behauptung von J. Harms der Disput sich nicht nur auf der Ebene Geschäftsführer ÖTV versus Personalräte der Stadt abspielt, sondern die gewerkschaftlich organisierten Kollegen insgesamt die Kritik der Personalräte teilen.

Wie haben die Kollegen auf diese Unterschriftenlisten reagiert?

Innerhalb von nur zwei Tagen haben von den ca. 70 gewerkschaftlich organisierten WEB-Kollegen 47 der örtlichen ÖTV-Spitze ihr Misstrauen ausgesprochen. Nur 2 Kollegen wollten definitiv nicht unterschreiben. Die anderen haben wir so schnell nicht erreichen können wegen Urlaub etc. Also, fast alle Kollegen, die wir in der Kürze der Zeit ansprechen konnten, haben sich auf der Unterschriftenliste eingetragen.

"An die ÖTV Kreisverwaltung/Friesland" gerichtet heißt es in der Unterschriftenliste:

*Wir, die nachfolgend genannten ÖTV-Mitglieder, wollen **nicht** mehr durch die Kreisverwaltung Wilhelmshaven/Friesland vertreten werden. Eine vertrauensvolle Betreuung ist u. a. wegen der Vereinbarung von Stillschweigen den Mitgliedern gegenüber, bei der Übernahme der Abfallwirtschaftsgesellschaft m.b.H. durch die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, nicht mehr möglich....*

Die Kollegen des WEB, so weit sie gewerkschaftlich organisiert sind, haben sich klar von der ÖTV-Kreisverwaltung Wilhelmshaven/Friesland distanziert. Wie war deren Reaktion?

Zunächst ist es uns gar nicht gelungen, die Unterschriftenliste zu überreichen. Die Übergabe der Unterschriften hatten wir auf einer Veranstaltung der ÖTV-Senioren im Kreuzelwerk für den 17.6. 99 angekündigt. Als wir mit Vertretern der Presse zu den üblichen Geschäftszeiten zwecks Übergabe der Listen vor dem ÖTV-Büro erschienen, standen wir vor verschlossener Tür.

Du bist dann aber eingeladen worden zur wenige Tage später stattfindenden Kreisvorstandssitzung der ÖTV. Hier war spätestens die Möglichkeit, die Listen zu übergeben.

Ja, richtig, ich war eingeladen, und über die Presse hatte Jürgen Harms schon mal angedroht, dass unsere Handlungsweise "unter die Gürtellinie" geht und "sicherlich Folgen haben" wird. In der Tat wurden auf der Kreisvorstandssitzung wesentliche Folgen beschlossen. Zunächst habe ich dem Jan Kahmann vom Bezirk Weser-Ems die Unterschriften überreicht.

War das schon vorher bekannt, insbesondere auch, dass die WEB-Kollegen so geschlossen unterschrieben hatten?

Mein Eindruck war, dass die Anwesenden der Kreisvorstandssitzung überrascht, teilweise regelrecht entsetzt waren über diese massive Kritik seitens der Kollegen.

Was habt ihr auf dieser Kreisvorstandssitzung besprochen?

Wir haben zunächst versucht, diese ganze Geschichte noch mal aufzuarbeiten. Es gab kritische Fragen an die beiden Sekretäre Harms und Ramke. Insbesondere bezüglich deren Verhalten in der Zeit vom 21.4. 99, dem Tag des besagten vertraulichen Gesprächs mit den Vertretern der Stadt, und dem 19.5. 99, dem Tag, an dem die AWG-Umstrukturierung den Rat der Stadt passierte. Herbe Kritik gab es vor allem auch an der Tatsache, dass sich besagte Kollegen auf die Stillschweigensvereinbarung mit der Stadt eingelassen haben. Aufgabe der Gewerkschaft ist es doch, mit den betroffenen Kollegen gemeinsam auch in schwierigen Situationen nach Auswegen zu suchen. Es hätte doch zumindest auch die Möglichkeit bestehen müssen, dass die ÖTV-Sekretäre ihren Einfluss in entsprechenden politischen Gremien nutzen, um die Interessen der Kollegen zu vertreten. Stattdessen ist das Problem ausgesessen worden, bis alle städtischen Ausschüsse und der Rat der Stadt den Veränderungen zugestimmt hatten.

Wie hat der Kreisvorstand dann reagiert?

Noch während dieser Sitzung wurde ein Beschluss in Form einer Pressemitteilung von dem ÖTV-Vorsitzenden des Bezirkes Weser-Ems und den Kreisvorstandsmitgliedern formuliert. Unsere Kritik am Vorgehen der örtlichen ÖTV-Spitze ist dabei im wesentlichen bestätigt worden. Harms und Ramke haben danach nicht nur die WEB-Kollegen unzureichend und nicht rechtzeitig informiert, sondern insbesondere die Bedeutung des Themas der Bildung der Abfallgesellschaft falsch eingeschätzt.

Welche Folgen hat das nun? Ihr hattet unter anderem personelle Konsequenzen gefordert.

Der Bezirksvorsitzende der ÖTV Jan Kahmann ist gleich am nächsten Tag zu uns in den Betrieb gekommen und hat die Kollegen über den Stand der Dinge informiert. Mit

➔

Gegenwind
Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.
Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen.
Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

anwesend war unser neuer Betreuungssekretär aus Emden/Kreisverwaltung Ostfriesland. Damit ist klar, dass die Kollegen der WEB wie gefordert nichts mehr mit der ÖTV-Kreisverwaltung Wilhelmshaven/Friesland zu tun haben werden.

Jan Kahmann hat mit dem Kollegen der WEB gesprochen. Zur Auseinandersetzung innerhalb der ÖTV und über die vereinbarte Lösung. Wie schätzt er die Zukunft insbesondere hinsichtlich der Arbeitsplatzsituation beim WEB ein?

Der Kollege teilt im wesentlichen unsere Einschätzungen und Befürchtungen. Es besteht die Gefahr, dass relativ gut abgesicherte Arbeitsplätze ausgegliedert werden. Durch tariflich vereinbarte Kündigungsschutzmaßnahmen besonders gesicherte Arbeitsplätze werden verloren gehen. Ein Teil davon könnte bei der AWG vielleicht wieder entstehen.

Wir danken für das Gespräch. ❑

Kommentar

Dass Gewerkschaftskollegen in der Öffentlichkeit derart heftig auf einander eindreschen, ist mehr als ungewöhnlich. Der Zwist zwischen den kommunalen Personalräten und der Wilhelmshavener ÖTV-Spitze ist älter als der jetzt schwelende Konflikt. Harms verweist in einer ÖTV-Stellungnahme vom 18.6.99 kritisch darauf, "dass Personalräte der Stadt seit Jahren die Auffassung vertreten, durch Nichtbeteiligung an den Veränderungsprozessen meinen, etwas verhindern zu können, und dass die ÖTV an dieser Stelle eine andere Auffassung hat." D. Schue erinnert daran, dass es "einen Kreisvorstandsbeschluss gibt", wonach "Jürgen Harms keinen Einfluss auf den kommunalen Bereich mehr nehmen darf." Vor einigen Jahren schon waren sich Personalräte und ÖTV-Führung in die Haare geraten. Seinerzeit prallten die Meinungen anlässlich der GmbH-Gründung der Stadtwerke unversöhnlich aufeinander. Schue dazu: "Wer mithilft, einen städtischen Betrieb in eine GmbH umzuwandeln, ist für uns als Betreuungssekretär nicht mehr tragbar." ***Uwe Brams***

DAS IST DER ZAUBER DER SAISON

Einfallslos schon das Plakat: Man glaubt vor einem Bauschild „Hier baut das Land Niedersachsen..." zu stehen.

Nach Urfaust und Schimmelreiter bietet die Landesbühne in diesem Jahr Benatzkys weisses Ross. Im Informationsblatt der Landesbühne wird die Operette zur 'Kult-Operette schlechthin" hochstilisiert. Das ganze findet am Rosenhügel statt - in der „Rößlstube an der Nordsee". - Wer Spaß an Liedern wie „Was kann der Sigismund dafür, das er so schön ist", „Im Salzkammergut, da mann man gut lustig sein" und ähnlichen Gesängen hat, der soll nur hingehen. Man kann seine Zeit aber auch sinnvoller verbringen. (hk)

APOLLO PROGRAMMKINO

BISMARCKSTR.206 • 26382 WILHELMSHAVEN • Tel.: 04421 - 2 19 0

Programmvorschau Juli / August 1999

15.-21.7.	Mifune (Dogma #3)
22.7.-4.8.	Buena Vista Social Club
5.-12.8.	Buena Vista Social Club
oder	Long hello and short goodbye

Feste Termine dienstags

20.7.,. ca. 18 Uhr: Das Fest
27.7., 18 Uhr: Meschugge
3.8., 18.15 Uhr: Lang lebe Ned Devine!
10.8., ca. 18 Uhr: Celebrity - Schön. Reich. Berühmt.
17.8., ca. 17.45 Uhr: Tanz in die Freiheit
24.8., ca. 17.45: E-M@il für Dich
31.8., ca. 17.45 Uhr: Hamam - Das türkische Bad.

GALERIE M
im „Kunsthaus"

Ausstellung:
Martin Bronsema
„menschhaften"
vom 17. Juli bis 26. August 1999
Eröffnung: 17. Juli, 17 Uhr

* 1968. Enge Verbindung mit Horst Janssen, der ihn zum Schritt zum freuschaffenden Künstler ermutigte. Das klassische Bild des Menschen interessiere ihn, sagt Bronsema, allerdings rücke das Portrait ein Stück tiefer - vom Halsansatz zur Hüfte. Der Reiz dieser Werke besteht darin, die dargestellten Motive fertig zu denken. Die Personen werden frei für neue Besetzung.

Parallelausstellung (Eröffnung 18 Uhr):
Jo Scholar
„Geschoepfe - kleine Kronen"

* 1961. Tätigkeit auf Baustellen und Friedhöfen, in Konditoreien und Hospitälern. 1983 erstes Atelier auf zeit - School of Vision, London. 1986 Künstlergruppe Cobra, Paris. 1989 Szenario „Aus Bunkern kommen Bilder".

Galerie M im „Kunsthaus": Kanalstr. 43, Eingang: Weser-/Allerstr. Tel.. 04421/454104; Öffnungszeiten: Mi.-Do., Sa.- So.: 15.30 - 18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Ständige Termine

Wilhelmshavener Gruppen und Verbände

ADFC (Allgemeiner deutscher Fahrrad-CLUB) Kreisverband Wilhelmshaven: Treffen jd. 1. Mi im Monat, 20 Uhr, Ruscherei. Kontakt: 04421-83221.

AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLLVERBRENNUNG: Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

amnesty international (ai): jd. 1. und 3. Do. ab 19.00 Uhr, Treffen für Mitglieder, FörderInnen und Interessierte, Kommunikationszentrum Perspektive", Freiligrath-/Ecke Schellingstr., WHV (keine Treffen im August)

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WILHELMSHAVEN: Mi. 20 Uhr, Will-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63.

ARBEITSKREIS SEXUALISTISCHER MACHTMISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERATUNG: c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung: Mo 9-13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache; Treffen jd. 2. Di im Monat, 10 Uhr; jeweils im Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 180130 u. 180131, Fax: 180139

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN: Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz, Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND (BUND): KG Wilhelmshaven Jd. letzten Di. im Monat 20 Uhr, Rüstersieler Hof, Kontakt: 04421-82352 u. 81307.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grünes Büro, Ulmenstr.26; Tel.: 37120; Bürozeiten: Mo.-Do. 16 - 18 Uhr. Kommunal AG: montags vor der Ratssitzung. Mitgliederversammlung siehe Aushang am Büro und Presse

BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (BIGAF): Tel. 44044

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN (BUW): H. Klöpper, Tel. 04421 44000

DFG/VK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH

DGB-SENIOREN: Jd. 1. u. 3. Mi im Monat, 15.30 Uhr, AWO, Papingastr.

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. + 4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17 Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel 22234, Tag- und Nachtbereitschaft

GEGENWIND: Tel.04421/994 990-Fax: 04421/ 994 991; email: gegenwind.whv@t-online.de

GRAUE PANTHER: Jd. Mo. ab 16 Uhr, Kirchreihe 18a.

GREENPEACE: jd. Di. um 20 Uhr Jugenzentrum Krähenbusch

HOSPIZ-INITIATIVE: Kirchreihe 102, Tel.: 04421/ 745258; Mo., Mi. u. Fr.: 9-12 Uhr; Do.: 15-18 Uhr; Ansprechpartnerin; Sieglinde Pfaff

JUSOS IN WHV: jd. Do. im Seminartrakt des SPD-Bürgerbüros

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT "ROCK" e.V. Reginalbüro Wilhelmshaven Dates telefonisch vereinbaren! Fon: 44149, Fax: 42773, Nottelefon: 0171 6444554, eMail: andreas.kout@t-online.de

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21 Uhr

PROBLEMTELEFON-TELEFONSEELSORGE: rund um die Uhr: 0800-111 0 111 (gebührenfrei)

PRO FAMILIA: Schwangerschaftskonflikte, §218, soziale und psychologische Beratungsstunden für Jugendliche und Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

RADIO JADE: Jd. 1. Dienstag im Monat ab 18.30 Uhr: Studiobesuch für Interessierte

RAN (Regionale Arbeitsstelle zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen) Büro: Paul-Hug-Str. 60, Tel.: 13 66 66, Fax: 13 66 01, Mo.-Do. von 9-12 und 14-17 Uhr sowie nach Vereinbarung

SCHLÜSSELBLUME e.V.: Beratungs-, Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

SCHWULENGRUPPE: (Wilhelmshaven-Nordsee) c/o Wolfgang Rothoff, Oststr. 5, 26384 Wilhelmshaven, Tel.: 04421/996513, Fax: 996514; email: sgn_whv@t-online.de; Homepage: http://www.WestHollywood/village/6031/sgn.html

SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER FRAUEN: jd. Mo 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr. 71. Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim Kirchreihe 18a

SOS-BERATUNGSSTELLE UND WOHNGRUPPE für Jugendliche und junge Erwachsene: Danziger Str. 31; Tel.: 12711; Putziger Str. 3; Tel.: 53313; Termine nach Vereinbarung

STADTSCHÜLERRAT: Jd. 1.+ 3. Mo. im Monat (außer Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a;

STILLGRUPPE im St Willehad-Hospital; Mi. 10-11.30 Uhr, Wochenstation, Raum 549

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant, Werftstr. 75; Di. und Do. 15 - 19.00 Uhr, Fr. 15 - 20.00 Uhr, Tel.: 26255

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven, Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Middelsfähr; Tel. 04421/701055; Treffen am letzten Sonntag im Monat im Spectakel, Rheinstr.

VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER UND VÄTER: Treffen mit Kids jd. So. um 15.00 Uhr, Kirchreihe 18a; Kontakt: Tel.: 04421/31007

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1. Mo. 20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WENDEPUNKT E.V. Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehungsbeistandschaft, soziale Gruppenarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, Rheinstr. 168, Tel.: 204066

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str. 139; Tel. 21149 (Büro); Öffnungszeiten Mo-Fr 10-16 Uhr, Offenes Café Mo-Fr 13-16 Uhr, tel. Beratung unter 19411 Mo-Fr 10-16 Uhr; persönl. Beratung u. Gruppenveranst. nach Absprache.

WILHELMSHAVENER HELFEN: Annahmestelle für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsgegenstände, Kleinmöbel, Kontakt: Isolde Stump, Rosenstr.7, Tel.: 33682

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE e.V.: Banter Deich 8 (MusikerInnenhaus beim Pumpwerk) 26382 Whaven, Kontakt: André Schulze, Andreas Koût, Mo.&Fr. 10.00 - 14.00 Uhr, Mi. 11.00 - 18.00 Uhr, Tel. 44699, Fax: 994378, Nottelefon: 0171 6444554, eMail: wilhelmshavenermusikinitiative@t-online.de

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-22 Uhr, Gewerkschaftshaus Kielerstr. 63

Wir bitten die aufgeführten Gruppen gegebenenfalls um Korrekturen. Sie wollen mit aufgenommen werden? Rufen Sie uns an oder senden Sie uns eine eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Buchladen
26388 Wilhelmshaven

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr
METROPOL
im Pumpwerk
Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WHV, An der Deichbrücke Tel. 04421-43660

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstraße 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,05 %** bei 100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver Jahreszins: 6,35 %
oder
Zins p.a.: **5,17 %** bei 100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 5 Jahre
anfänglich effektiver Jahreszins: 5,51 %
(freibleibendes Angebot)

Die Tilgung kann mit Lebensversicherungen der VPV VERSICHERUNGSGRUPPE erfolgen

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VPV
VERSICHERUNGSGRUPPE

TIERMÜLLVERMEIDUNG

REAKTIONEN AUF UNSEREN TIERSCHUTZARTIKEL

(iz) Eigentlich wollten wir das Thema Tierschutz erst mal ruhen lassen und möglicherweise positive Entwicklungen in Wilhelmshaven abwarten. Doch dann kamen zwei Rückmeldungen auf unseren Beitrag "Katz und Maus" (Gegenwind Nr. 152), die wir aktuell dokumentieren und kommentieren möchten.

Noch eins drauf

Auslöser unserer Recherchen war ein anonymer Brief gewesen, den das ehemalige Vorstandsmitglied Peter Hopp von einer Tierheim-Mitarbeiterin erhalten hatte. Hopp leitete das Schreiben an Behörden und Presse weiter, um die darin vorgebrachten Anschuldigungen gegen die Tierheim-Führung aufzuklären. Wozu auch wir unseren Beitrag leisten wollten.

Reaktion 1 war ein weiterer Brief, worin ein Vorstandsmitglied und eine Mitarbeiterin des Tierheims Peter Hopp mit Schelte bezüglich seiner "Einmischung" in Tierheimangelegenheiten. bedachten. Wir fanden das, vorsichtig ausgedrückt, schade. War und ist es doch unser Anliegen, die persönlichen Querelen, die seit Jahren die Arbeit des Tierschutzvereins belasten, als Hemmnis für eine effektive Arbeit zu entlarven und zu schlichten und gemeinsam mit den Beteiligten konstruktiv in die Zukunft zu schauen - sowohl durch unseren Bericht als auch durch das stattgefundene und weitere Gespräche mit dem Vorstand. Der neue Brief, in dem es wieder um zwischenmenschliche statt tierische Probleme geht, belegt, dass unser Moderationsversuch vorerst gescheitert ist.

Vermeiden statt vermitteln, vermitteln statt versorgen, versorgen statt verwahren

Konstruktiv war hingegen die Rückmeldung einer unabhängigen Tierschutzorganisation aus dem Umland. Diese war über die Berichte in der WZ und im Gegenwind gestolpert und fand es unbegreiflich, dass in einem großen Tierheim von überregionaler Bedeutung eine Katzenepidemie mit so verheerenden Folgen (80 Tötungen) überhaupt ausbrechen konnte.

Wir dokumentieren hier einen Ausschnitt der Ideen dieser Organisation, die sie selbst seit einem Vierteljahrhundert erfolgreich in die Tat umsetzt.

1. Vermeiden

Regelmäßig werden zusammen mit der örtlichen Presse und Tierärzten "Kastrationskampagnen" für Katzen durchgeführt. KatzenhalterInnen wird verdeutlicht, dass frei laufende Katzen rasch erschreckend mehr Kätzchen hervorbringen, als sich für Mäusefang oder als Hausgenosse verdingen können: Der Weg ins Tierheim ist vorprogrammiert. Für die Katzen von Rentnern und anderen sozial und finanziell benachteiligten Haltern übernimmt die Organisation die Kastrationskosten.

2. Vermitteln

Über eine Anbieter- und Interessentenkartei werden Tiere direkt von einem zu Hause ins andere vermittelt und ihnen so der Aufenthalt im Tierheim erspart. Die Überbelegung der Tierheime wird eingedämmt und damit die Gefahr von Epidemien und seelischen Schäden für Tiere (und BetreuerInnen).

Mit den Abgebenden wird ein Zeitraum (6-8) Wochen ausgehandelt, in dem die Organisation einen Interessenten findet. Diesem wird verdeutlicht, was es heißt, ein Tier *auf Lebenszeit* artgerecht zu halten bzw. die Verhältnisse werden *vor* der Vermittlung geprüft - denn ein Hund, der im Jahr viermal neu vermittelt wird, macht sich nur in der Statistik gut. Die Mitarbeiter besuchen gemeinsam mit den Interessenten die Anbieter. Besteht Einigkeit, macht die Organisation einen Zwischenvertrag, nimmt jedoch kein Geld für die Vermittlung.

3. Versorgen

Problemtiere, die übergangsweise aufgenommen werden, bis sie körperlich und seelisch genesen sind, kommen zunächst 8 Wochen in Quarantäne - eine helle Box mit großem Auslauf, in ausreichendem Abstand zu anderen Tieren. "Ein Tierheim ist eigentlich eine große Quarantänestation und kein Streichelzoo", so eine Mitarbeiterin. Wenn MitarbeiterInnen und sogar BesucherInnen beliebig von einem Gehege zum anderen wechseln und alle Tiere anfassen können, fördert das vielleicht den spontanen (unausgereiften) Entschluss, eines mitzunehmen - aber es fördert vor allem die unkontrollierte Ausbreitung von Krankheiten. Ihre Vision: "Gemütliche Eingangsbereiche mit Grünpflanzen, in denen die Besucher gern verweilen und die Tiere in ihren Ausläufen hinter schützendem Glas ausgiebig beobachten können, bis sie sich entscheiden, eines näher kennen zu lernen".

Es ist der Expertin unverständlich, wieso ein "Zweimillionenmarkstierheim" (Wilhelmshaven) keine Quarantänestation hat, "das ist das erste und wichtigste, was beim Bau oder Ausbau berücksichtigt werden muss." Solch eine Station möchte der Wilhelmshavener Tierschutzverein nach leidvollen Erfahrungen jetzt zwar mit Hilfe von Spenden bauen. Tierarzt Dr. Siggel (Varel) äußerte allerdings bei unserem Gespräch zum letzten Artikel, dass diese Station bei dem hiesigen Durchsatz an Tieren *sehr* groß sein müsste. Unser Tierheim ist, so unsere Informanten, wie die meisten ein typisches Fundtierheim, das von und mit der Aufnahme von Fundtieren lebt. Für solche Fundtierheime gibt es gesetzliche Vorschriften z. B. zum Flächenangebot und zu Quarantäneeinrichtungen, die beim zuständigen Ministerium in Hannover zu beziehen sind.

So genannte Futterspenden sind sorgfältig zu prüfen und ggf. zurückzuweisen - trotz Schelte der "edlen Spender", die oft auf diese Weise abgelaufene Futterkonserven und angeschimmeltes Trockenfutter entsorgen wollen. Schlecht ernährte Tiere sind krankheitsanfälliger. Und noch einen "Haushaltstipp" gab es: Nichts ist schädlicher als die viel beworbenen und verwendeten Hochdruckreiniger. In dem entstehenden Wasser-Luft-Gemisch (Aerosole) können sich Krankheitskeime vom "gereinigten" Fußboden an Wänden, Decken und Einrichtungsgegenständen verbreiten. "Am besten sind Grüne Seife und ein Schrubber, der sonst in Desinfektionsmittel steht - auch wenn einem nachher alle Knochen wehtun", so die Erfahrung der Organisation.

Das alles klingt nach einem großen Aufwand an Geld und Zeit - Mangelware im Wilhelmshavener Tierheim. Und erst recht bei der von uns zitierten Organisation, die *rein* ehrenamtlich arbeitet und *keinerlei* öffentliche Zuschüsse bekommt. Die Herangehensweise ist nur völlig anders, das Zauberwort heißt Logistik. Unser Tierheim gibt jährlich etwa 25.000 DM für Futtermittel aus, aber fast das Dreifache für Tierärzte und Medikamente. In der Einrichtung "X" verhält es sich eher umgekehrt - "Vorbeugen" heißt die Devise.

Wir haben die Seriosität dieser Organisation und ihrer Einrichtung geprüft. Wer dahinter steckt, müssen wir für uns behalten - aufgrund deren schlimmer Erfahrungen mit dem organisierten Tierschutz, der nicht vor Repressalien verschiedenster Art zurückschreckt. Aus dem Gespräch sprangen uns Weitsichtigkeit, Kreativität und globales Denken entgegen, die wir uns von allen Tierschützern wünschen würden.

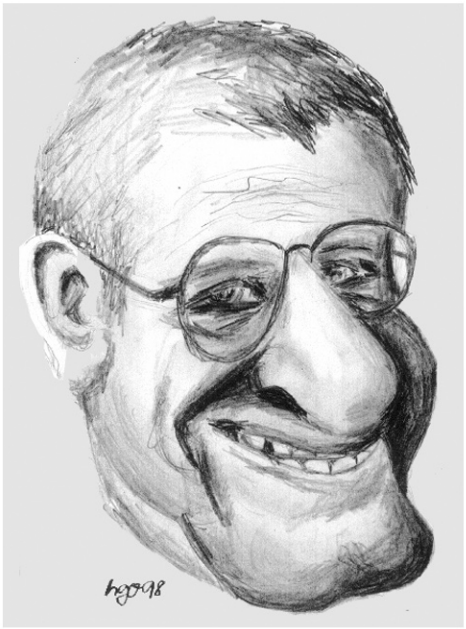
Zumindest wünschen wir uns, dass die (offensichtlich auch ohne institutionalisierte Unterstützung umsetzbaren) Ideen unserer Gesprächspartner von Wilhelmshavener Tierschützern, aber auch Behördenvertretern, Politikern und Medien gelesen, aufgenommen und verwertet werden. Wir und andere Ideengeber wollen die Arbeit des hiesigen Tierschutzes nicht "herunterputzen", sondern Wege aus einer Sackgasse aufzeigen, in der weder Tiere noch Betreuer glücklich sind. Wenn die Reaktion nur neuerliche Grabenkämpfe sind, wenn die Botschaft immer noch nicht ankommt, wäre es schade um den Platz, den wir dem Thema eingeräumt haben. ❑

AUS ZWEI MACH EIN (TEIL 2)

FORTSETZUNG UNSERER REIHE ZUR "EINGLEISIGKEIT"

(red) Spätestens zu Beginn des Jahres 2002 haben wir einen Oberbürgermeister zu wählen, der dann nicht nur Ratsvorsitzender, sondern zugleich Verwaltungschef sein wird. Was für eine/n eingleisige/n Oberbürgermeister/in werden wir wählen? Aus welchem Holz sollte er/sie geschnitzt sein?

Wir wollten in diesem Teil 2 dieser Reihe eigentlich bereits geeignete und weniger geeignete Personen und Persönlichkeiten vorstellen, doch bislang halten sich die Parteien sehr bedeckt. Nur OB Eberhard Menzel hat vorsichtig seine Duftmarke gesetzt. Lassen wir hier deshalb nochmals Kenner zu Worte kommen.



Experten auf diesem Gebiet unterscheiden zwischen zwei Grundtypen von Politikern an der Spitze einer Gemeinde, einer Stadt.

Da gibt es als Typ eins den Bewerber/die Bewerberin, der/die nicht nur Kommunalpolitik betrieben hat, sondern der/die zuvor bereits anderen bzw. höheren Orts politische oder wirtschaftspolitische Erfahrungen gesammelt hat. Typ eins ist ein "Mann der Tat", weniger der großen Worte.

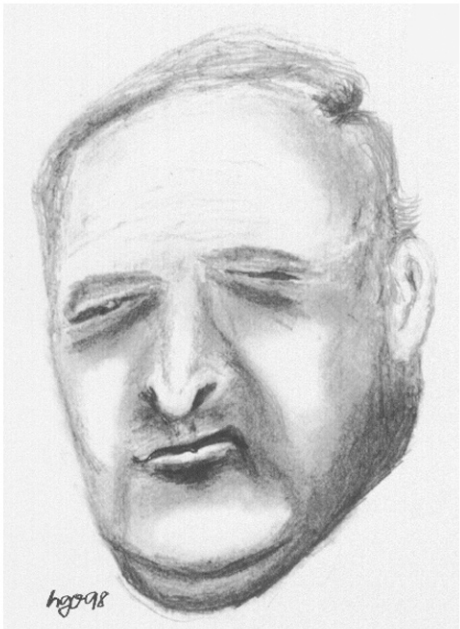
Nehmen wir als Beispiel Norbert Gansel. Er steht einer Stadt vor, die maritim mit Wilhelmshaven konkurriert. Er hat lange Jahre als SPD-Abgeordneter im Bundestag gesessen, ehe er sich entschloss, für das Oberbürgermeisteramt in Kiel zu kandidieren. Prompt gewann er die Wahl. Die Kieler Bevölkerung wusste sehr wohl, weshalb sie Gansel mit großer Mehrheit zum Oberbürgermeister kürte. Seine Kontakte, die er während der Zeit als MdB in vielen Bereichen knüpfen konnte und die er jetzt in neuer Funktion nutzt, kommen letztlich den BewohnerInnen Kiels zugute. Zudem besitzt er die für solch ein Amt notwendige Durchsetzungskraft. So erreichte er mit der ihm eigenen Zähigkeit, dass erstmalig alle Kieler SchulabgängerInnen einen Ausbildungsplatz bekamen.

So sieht Joachim Becker (SPD), Autor des Leitfadens "Erfolg im Wahlkampf", seinen erfolgreichen Mann an der Spitze einer Gemeinde: "Ein OB braucht die abwägende Distanz, den Willen und die Kraft zur Entscheidung – für eine Zukunft mit politischer Vernunft."

Beim Typ zwei kann man auf die Nennung eines Namens als Beispiel verzichten. Der/die Bewerber/in hat meist die politische Laufbahn da begonnen, wo er/sie geboren wurde, und gedenkt, sie auch da zu beenden. Typ zwei ist ein Politiker, der immer wieder seine absolute Bürgernähe hervorhebt, jedes Fest zur Chefsache erklärt und jede Schirmherrschaft wie selbstverständlich übernimmt. Er ist überall da, wo Journalisten Bleistifte zücken und Fotografen ihre Kameras heben. Er möchte von allen geliebt werden. Anders als Typ eins, der Kritik an seiner Person und Handlungsweise wünscht, gar herausfordert, reagiert Typ zwei darauf meist mimosenhaft. Zwar gibt Peter Grafe, politischer Journalist und Autor des Buches "Wahlkampf", zu, dass, "wer nicht regelmäßig in den Medien ist, in der politischen Öffentlichkeit keine wirkliche Rolle spielt. Doch ist die Präsenz kein wirklich zuverlässiger Gradmesser für den tatsächlichen Einfluss in der jeweiligen Sache. Da bewegen Stellvertreter, ihm unterstellte Personen oder gar Ehefrauen oft mehr als der politische Vorturner selbst."

Ihm kann man auch zuordnen, dass er schwierige Entscheidungen vom Bürger fern hält oder unvermeidliche Entscheidungen auf Unbeteiligte abwälzt.

Über diesen Typ sagt Joachim Becker in einem "Focus"-Interview im Juni 1994: "Solche Bürgernähe hat die Politik der letzten Jahre handlungsunfähig gemacht. So genannte bürgernahe Politiker, Marionetten an der populistischen Leine von Interessengruppen und rabiaten Egoisten, bedeuten das Ende der Politik. Bürgernahe Politiker sind unfähig, Zukunftsaufgaben der Gesellschaft zu lösen. Sie verheddern sich in Interessenkonkurrenzen, verlieren ihre Würde und degenerieren zu gehorsamen Apportierhunden."



Ein Oberbürgermeister vom Typ eins wäre Wilhelmshaven zu wünschen. Lokalpolitiker von Typ zwei haben wir genug gehabt. ❑

Eher 2002

als 2001 wird es in Wilhelmshaven die Eingleisigkeit geben. Als wir vor einigen Wochen unseren Oberstadtdirektor Arno Schreiber fragten, wie er zur eingleisigen Stadtspitze stehe, wollte er nicht so recht – und schon gar nicht uns gegenüber – darauf antworten. Doch einen vielsagenden Satz ließ er sich doch entlocken: "Ich habe einen Vertrag."

Deutet man diesen Satz richtig, so beabsichtigt Arno Schreiber, den Vertrag auch zu erfüllen. Dann gibt es eine nicht an die Kommunalwahl 2001 gekoppelte, sondern eine spezielle Oberbürgermeisterwahl zu einem späteren Zeitpunkt. (red)

Gegenwind

im Internet: http://www.gegenwind-whv.de

Gastbeitrag

JUMBO TOUCHIERT JADEPORT

JADEPORT: *UNVERZICHTBARE NATIONALE AUFGABE* ODER ZUSÄTZLICHES HÄPPCHENANGEBOT FÜR WÄHLERISCHE REEDERGAUMEN AM NORDSEE-HAFENBUFFET?

Wilhelmshaven bietet Investoren mit dem Projekt JadePort weltweit die einmalige Möglichkeit, in Deutschland einen Container- und Mehrzweckhafen nach eigenen Vorstellungen zum eigenen Nutzen auszubauen und selbstverantwortlich zu betreiben.[1] Dieses vom WHV-Präsidenten John H. Niemann autorisierte Angebot wird sicher Eingang in die Notizbücher der internationalen Transportwirtschaft gefunden haben.

Denn einen mit öffentlichen Geldern gebauten Hafenkörper JadePort durch Aufstellen eigener Massengut- bzw. Containerbrücken *aus*zubauen, das könnte für potentielle Hafenbetreiber als Ausgangspunkt offener Verhandlungen akzeptabel sein. Die Autoren des JadePort Gutachtens deklamieren jedenfalls, dass ein hiesiger Container-Terminal - sollte er denn gebaut werden - in erster Linie die Chance hätte, als Umladestation zwischen Großcontainerschiffen (Jumbos) auf der Ostasienroute und Zubringerschiffen (Feeder) im Skandinavien- bzw. Baltikumdienst genutzt zu werden.

JADEPORT

Die Begründungen dafür - Transportzuwachsraten erforderten mehr Schiffsliege- und Lagerkapazität und die mit der Schiffsgrößenentwicklung steigenden Betriebskosten tideunabhängige Fahrwasser - sind sicherlich richtig. Doch auch die etablierten Häfen wollen in diesem Geschäft bleiben und forcieren ihren weiteren Ausbau. Sie sind aus Wettbewerbsgründen dazu gezwungen, sich unter Missachtung des volkswirtschaftlichen Nutzens den von den Transporteuren geforderten Strukturvorleistungen zu unterwerfen. Und dementsprechend handeln sie (bis kein Geld mehr dafür aufzutreiben ist).

Aber auch die Reeder stehen unter Druck! Um Wettbewerbsvorteile zu ergattern, steigern sie unablässig die Transportleistung, indem sie immer größere und schnellere Containerschiffe in Fahrt bringen. Im Gegensatz zu den öffentlichen Hafeninvestoren müssen sie bei der Bauplanung allerdings den wirtschaftlichen Grenznutzen bei den Schiffsbetriebskosten beachten: Zum einen die Abstimmung der Ladekapazität mit der Menge der zur Beförderung bereitstehenden Container. Und zum anderen die Optimierung zwischen Kosten senkender Verkürzung der Reisedauer und exponentieller Zunahme des Brennstoffverbrauchs bei Erhöhung der Schiffsgeschwindigkeit.

Eine dritte Möglichkeit der Leistungssteigerung bietet die Verkürzung der Hafenliegezeiten.

Deshalb sind die Reeder bestrebt, die Reiseroute bzw. die Reisedauer der Jumbos auch dadurch zu verkürzen, dass sie möglichst nur einen Haupthafen anlaufen, von wo aus die Container kostengünstiger weitertransportiert werden können. Darüber hinaus suchen sie sich nach Möglichkeit den schnellsten Hafen aus - also einen Hafen ohne Wartezeiten und mit hoher Umschlagleistung. Nicht nur die tideunabhängige Erreichbarkeit spielt dabei eine Rolle; mehr noch die Garantie, dass bei Ankunft auch der Liegeplatz frei ist und eine Vielzahl schneller rund um die Uhr arbeitender Containerkräne die Liegezeit verkürzt. *Bei Tageskosten zwischen 50.000 und 70.000 $ können bereits wenige Stunden Verzögerung empfindlich zu Buche schlagen. (Handelsblatt, 11.03.99)*

Just to touch a port lautet daher die Reederdevise. Und darauf müssen sich die Häfen einstellen, wenn sie die Schiffe halten oder neue anlocken wollen. Denn die Hafenkonkurrenz in der Nordrange zwischen Antwerpen und Hamburg ist groß. Sie wird - was die Infrastruktur und die (bezuschusste) Suprastruktur betrifft - weder unter betriebswirtschaftlichen noch unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten betrieben. Vielmehr ist die so genannte Bürgermeisterkonkurrenz der Motor spekulativer Hafenerweiterungen - Investor ist der Steuerzahler. Ergebnis sind nicht selten schlecht ausgelastete Liegeplätze und verschwendete Landschaft. Letztere verschwindet auf diese Weise unter dem Asphalt schlecht ausgelasteter Containerstellplätze.

Aus dem Entwurf *Gemeinsame Plattform für die Seehafenpolitik in Deutschland und der EU* des Bundesverkehrsministeriums:
- Die Hauptzuständigkeit für die deutschen Seehäfen liegt nach dem Grundgesetz bei den Ländern; dem Bund obliegt neben den beteiligten Ländern die Vorsorge für die Erhaltung und Leistungsfähigkeit der Seehäfen.
- Bund, Länder und Kommunen lassen sich bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele vom Grundsatz des fairen und lauteren Wettbewerbs leiten. (...)
- *Die Vorhaltung der Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe, die sich durch schiffseigene Entgelte nicht refinanzieren lässt. (...)*[2]

SUSANNES O-RING
Gökerstr. 39 Tel+Fax 31880

NEUER MONDSTEINSCHMUCK

WUNDERSCHÖNE HANFWESTE 119.-

Luftigleichte Wickelröcke 38.-

Durchgehend geöffnet
9.30 - 18.30
sa. 9.30 - 13.00

Würden die damit verbundenen Strukturmaßnahmen den Transportkosten zugerechnet, dann würde mit Sicherheit so manche Fahrwasservertiefung oder Hafenerweiterung geringer ausfallen oder ganz unterbleiben. Dies wiederum hätte Rückwirkungen auf die Transportlogistik. Aber solange der Steuerzahler für eine unregulierte, sich den Reederinteressen unterordnende Hafenpolitik zur Kasse gebeten werden kann, bleibt es bei dieser volkswirtschaftlichen Schieflage.

Ein bezeichnendes Licht auf die Rosinenpickerei der Reeder am Nordsee-Buffet wirft der Hafenumzug der Reederei *Maersk*:

winkler TV
TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Störtebekerstraße 3 - Edo-Wiemken-Straße 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 P rund ums Haus

Als Hamburg sich weigerte, ihr Exklusivrechte über ein Stück Terminal zuzugestehen, verhandelte sie mit Bremen. Dort ging man auf die Reederwünsche ein. *Maersk* und das Transportunternehmen *Sea-Land* - die beiden bilden zusammen die weltgrößte Reeder-Allianz in der Containerschifffahrt - haben sich daraufhin auf einem Teilstück des Bremerhavener Container Terminals (CT) niedergelassen. Sie sind jetzt offenbar dazu in der Lage, den CT-Betrieb ganz mit den Fahrplänen ihrer Schiffe in Einklang zu bringen und dadurch zu verhindern, dass reedereifremde Schiffe ihnen dort die Liegeplätze streitig machen können.

Zwar herrscht über die Woche gesehen weiß Gott kein Gedränge an den CTs. Aber der Verkehrsfluss verläuft nicht gleichmäßig sondern stoßweise (und das hat wiederum etwas mit den immer größer werdenden Jumbos zu tun!). Da der Stoßverkehr zu Warteschlangen an bestimmten Wochentagen führen kann, ist es natürlich für einen Reeder von Vorteil, Exklusivrechte über ein Stück Terminal zu besitzen.

Doch solche Regelungen fördern nicht gerade die Kaiproduktivität, bzw. den Auslastungsgrad der Umschlageinrichtungen, denn die anderen Reeder werden nicht hintan stehen wollen. Und damit sie nicht abwandern, muss dann der Terminal eben für einige hundert Millionen Mark vergrößert werden.[3] Im Falle einer weiterhin so maßlos angebotsorientierten Hafenpolitik wäre es denkbar, dass sich die Ressourcen- und Steuerverschwendung mit dem Bau eines JadePorts fortsetzten ließe...

Ein zur Bewirtschaftung feilgebotener JadePort könnte in solchem Falle einen Reeder durchaus dazu bewegen, dort ein Teilstück (mit Erweiterungsoption) zu belegen, wenn er dadurch die vorrangige Abfertigung seiner Schiffe und seiner Ladung sicherstellen könnte.

In Anlehnung an die von *Maersk/Sea-Land* angekündigte Kaiproduktivität - Verdoppelung des Jahresumschlages auf 400.000 Container (TEU)[4] in wenigen Jahren am 600 Meter langen *North Sea Terminal Bremerhaven (NTB)*[5] - wäre folgendes Szenario denkbar:

Ein im Haus- zu Hausverkehr zwischen Ostasien und Nordosteuropa tätiges Transportunternehmen mietet im JadePort ein 600 Meter langes Stück Stromkaje mit rückwärtiger Stellplatzfläche. Alle 14 Tage kommt ein Jumbo teilbeladen mit 4.500 TEU. Von denen werden 3.000 Stück auf drei Zubringerschiffe umgeladen, die zwischen Skandinavien bzw. dem Baltikum und der Jade hin- und herpendeln. Die restlichen 1.500 gehen ins Binnenland. Die Zubringer haben aber auch 3.000 Transitcontainer für den Jumbo (zum Weitertransport nach Ostasien) mitgebracht. Außerdem lädt der Ozeanriese noch 1.500 Exportcontainer aus dem Binnenland zu. Es werden also im Zwei-Wochen-Rythmus 15.000 TEU umgeschlagen bzw. 390.000 TEU pro Jahr.

Das wäre - bei 10 Tonnen Gewicht pro TEU - ein Jahresumschlag von 3,9 Millionen Tonnen. Sicher ein gern wahrgenommener Anlass für kommunale Schwergewichte, mal wieder einen neuen Rekord auszuposaunen. Aber bei nüchterner Betrachtung: Welche wertschöpfenden Arbeitsleistungen stecken dahinter?

Um eine grobe Vorstellung darüber zu gewinnen, nehmen wir einmal an, es ständen acht Umschlagbrücken zur Verfügung, die je 1,5 Minuten pro umgeschlagener TEU benötigen. Dann würde die Ent- und Beladung aller vier Schiffe 47 Stunden dauern. Im Jahr wären die Umschlaganlagen bei einem 14-Tage Fahrplan demnach 51 Tage ausgelastet - 314 Tage herrscht Stillstand an der Kaje.

Nun prognostizieren die Verfasser der JadePort Studie, dass - falls ihr Studienobjekt im Jahre 2006 betriebsklar wäre - schon vier Jahre später ein Umschlagvolumen von 1,23 Millionen TEU erreicht werden könne. Und wie viele Meter Stromkaje müssten dafür zur Verfügung gestellt werden? Nehmen wir dafür den *NTB* (s.o.) als Anhaltspunkt:

Container-Umschlag und Transporte in 14 Tagen

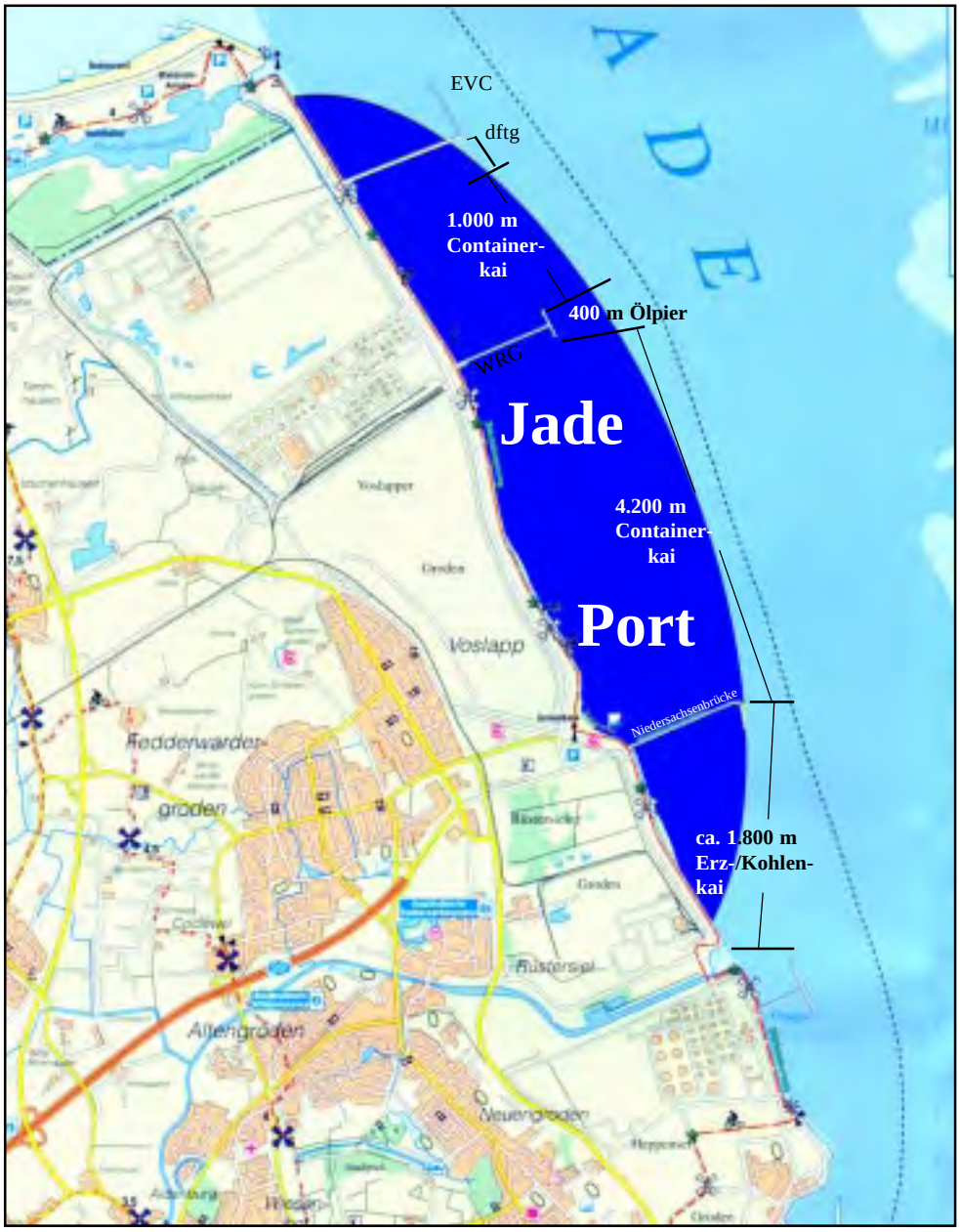
14-tägiger Umschlag in TEU	Schiff 1 Jumbo	Schiff 3 Feeder	Gesamt-schiffs-umschlag	Gesamt-Binnenland-transport	Gesamter An- und Abtransport
löschen	4.500	3.000	7.500		
laden	4.500	3.000	7.500		
Antransport				1.500	
Abtransport				1.500	
Gesamt	9.000	6.000	**15.000**	3.000	18.000
Pro Jahr	234.000	156.000	**390.000**	78.000	468.000

Bei einer Kaiproduktivität von 400.000 TEU pro Jahr auf 600 Meter Kailänge (lt. letzter vorliegender Hochrechnung werden dort nur knapp 200.000 TEU erreicht[6]) würden bis zum Jahre 2010 rund 1.850 Meter Kaiplatz vom JadePort vergeben sein.

Für das Jahr 2020 rechnen die Gutachter mit einem möglichen Umschlagvolumen von 4,13 Millionen TEU. Danach wären bis dahin gemäß vorstehender Berechnungsgrundlage 6.200 Meter Kaianlagen vergeben. Ein JadePort mit dieser Kailänge passt aber nicht mehr zwischen Niedersachsen- und WRG-Umschlagbrücke, weil dazwischen 'nur' 4.200 Meter Platz ist. Was tun?!

Wie eingangs erwähnt, soll der JadePort als Mehrzweckhafen konzipiert werden, in dem auch Massengut wie Erz und Kohle umgeschlagen werden soll. Also Niedersachsenbrücke abreißen und durch Verlängerung der Stromkaje des JadePorts Richtung NWO ersetzen? Wie viele Kaimeter müsste man dann für den Massenguthafen einkalkulieren? Platz für drei Massengutfrachter à 350 Meter Länge und für drei Binnenkähne à 110 Metern Länge? Wie auch entschieden wird: Ein Betreiber würde sich sicherlich im Ansiedlungsvertrag eine Erweiterungsoption nach Süden bis hart an die NWO-Umschlagbrücke ausbedingen. Also kommt das Gebiet

➜



vor dem Rüstersieler Groden und dem Maadesiel für Containerumschlag kaum in Frage.

Also nach Norden expandieren! Aber was soll dann aus der WRG-Umschlagbrükke werden!? Auf Kosten des Steuerzahlers abreißen und durch einen neu zu bauenden Öl/Flüssiggas-Terminal in den JadePort integrieren? Ca. 300 Meter Kajenlänge für zwei Tankerliegeplätze wären dafür erforderlich. Außerdem würde die WRG mit Sicherheit zusätzlich eine Bunkerstation für Küstenschiffe und Binnentanker fordern; Länge rund 100 Meter. Zusammen ergebe das demnach etwa 400 Kaimeter für den Umschlag von Ölprodukten.

Nördlich davon wären dann bis zur EVC-Brücke noch etwa 1.600 Meter Platz. Doch Halt: Da gibt es ja noch die *Deutsche Flüssigerdgas Terminal Gesellschaft (dftg)*! Die hat eine Baugenehmigung für eine 600 m lange Umschlagbrücke für Flüssiggastanker aus dem Jahre 1979 (neunzehnhundertneunundsiebzig). Diese soll südlich an die EVC-Umschlagbrücke angefügt werden. Daraus folgernd stehen - statt 1.600 Metern - dort nur noch 1.000 Meter Containerkai zur Verfügung.

Insgesamt könnte demnach vor dem Wilhelmshavener Stadtgebiet ein Container Terminal mit maximal 5.200 Meter Stromkaje angeboten werden - also 1.000 Meter zu wenig. Insgesamt könnten für den JadePort zwischen *dftg* und Maadesiel ca. 7.400 Kaimeter angeboten werden.

Doch im Handelsblatt vom 11.03.99 muss man dazu Folgendes lesen:

Die Marinestadt verfügt nicht nur über eine tiefe Fahrrinne, sondern kann auch einen 10 km langen und 2 km tiefen Küstenstreifen zum Bau eines Containerhafens zur Verfügung stellen. Wer hat dem Artikelschreiber das denn in die Feder diktiert - haben einschlägige Informanten das Watt zwischen Hooksiel und Schillig etwa gleich mitverplant?!

Jochen Martin

Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Wilhelmshavener Zeitung, Seite 7, vom 16. Juni 1999, ist dem Artikel “Aufregung um Grundstückskauf” zu entnehmen, dass die Kosten der Wassertankbeseitigung und Erstellung eines Ersatztanks, über den von den Bürgern aufzubringenden Wasserpreis finanziert werden könnt!

Das darf doch wohl nicht wahr sein, dass die Stadtwerke die Erhöhung des Wasserpreises ins Auge fasst.

Wieder einmal soll etwas auf uns Bürger abgewälzt werden. Wenn der zukünftige Investor unbedingt das Grundstück haben möchte, dort aber keine Einfamilien-Reihenhäuser gebaut werden dürfen, fragt man sich doch, was den Grundstücksmakler und Investor denn wohl dazu bewegt, plötzlich vorzuschlagen, der Stadt das Grundstück nach Erwerb für die EXPO zur Verfügung stellen zu wollen.

Um danach dann doch noch die heute nicht erwünschten Reihenhäuser zu bauen?

Wieso kauft der Investor ein Grundstück, das ihm nichts einbringt? Oder soll ich besser sagen, noch nichts einbringt?

Erhofft sich besagter Investor hohe Mieten für das der Stadt dann zur Verfügung gestellte EXPO-Grundstück?

Könnte die Stadt sich nicht die Mietkosten ersparen, wenn sie das Grundstück erst nach der EXPO veräußern würde?

Oder versucht man nur deshalb das Grundstück schnell zu verkaufen, damit die Beseitigung und Neuerstellung eines Wassertanks auf den kleinen Mann abgewälzt werden kann?

Da ist doch etwas faul an der ganzen Sache! Bleiben Sie bitte am Ball, damit die hiesigen Bürger wissen, was auf sie zukommt!

Ewald Jörg
Gökerstr. 145

[1] Quelle: *JadePort News Nr. 1;* Herausgeber: *Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV)*

[2] Quelle: *Deutsche Verkehrszeitung* vom 09.12.97

[3] Schon während des Baus des Bremerhavener CT 3 plante man eine Kaiverlängerung namens CT 4. Dann kam Maersk von Hamburg nahm 600 Meter Kaiplatz in Eigenbetrieb. Flugs wurde eine Verlängerung des CT 3 für 190 Millionen Mark um 340 Meter Länge (CT 3A) beschlossen, während der CT 4 neu geplant werden muß. (Die Zusammenhänge sind zwar nicht nachweisbar, drängen sich aber auf.)

[4] Ein 20 Fuß Standardcontainer = 1 TEU; Ein 40 Fuß Standartcontainer = 2 TEU

[5] Quelle: *Premiere für Joint Venture in Bremerhaven* aus *Deutsche Schiffahrts-Zeitung, 06.04.99*

[6] Quelle: *Deutsche Schiffahrtszeitung,* vom 06.04.99

Bombenstimmung herrschte auf dem diesjährigen SPD-Ball im Columbus. Auf Unverständnis stieß dagegen dieses Transparent der Gruppe „Menschen gegen den Krieg“. Schließlich wollten die Genossinnen und Genossen feiern und nicht an die eigene Politik erinnert werden.

Gegenwind

Förderabo / Einzugsermächtigung

Ich möchte ab sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname, Name: .....

Straße: .....

PLZ, Wohnort: .....

Geburtsdatum: .....

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von DM_____ (mind. 5.- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto:

Kontonummer: ..... Bank: .....

Bankleitzahl: .....

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort: ..... Datum: .....

Unterschrift:.....

☐ **Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen**

Absenden an: GEGENWIND, Weserstr. 33, 26382 Wilhelmshaven

Gegenwind im Internet: http://www.gegenwind-whv.de

Gegenwind

Mein liebn Kuddl!

Mann du, ich bin ja noch ganz erschöpft vonnem Wochenende anner Jade. War da wieder was los! Konnst wieder essen und trinken, wo du nur hingetreten bist und dir'n Wolf laufen und viel Spaß ham, bloß dabei bin ich mir garnich so sicher, weil zum Beispiel, als ich so am Samstag mal aufm Flohmarkt am Bontekai war, da wurd man in so Tretspuren voran geschoben und wenn du mal keine Lust hattest, immer nur die Stände auf deiner Seite zu bekucken sondern mal wechseln wolltest auffe Gegenspur, dann konnste aber echt merken, was so'n Volkszorn is. Hab ich lieber nich mehr versucht dann und mir statt dessen die Leute angekuckt, hattst ja genug Zeit für beim Geschobenwerden und weißt, was mich da gewundert hat? Kuckte keiner freundlich oder fröhlich oder lustig und war doch'n Fest für die breiten Volksmassen, was doch Spaß macht, oder? Das war vielleicht komisch, aber ich hab da schon ne Teeohrie: wahrscheinlich waren das alles die, die kein rotes Fähnchen für drei Mark gekauft haben, da hat nämlich die Wehzett von gesagt, dass das alles Schnorrer sind und sich was schämen sollen. Und das werdense ja wohl dann getan ham, weilse eben offietzjell nun gar keinen Spaß ham durften. Hab ich mir auch gleich eine Lösung für ausgedacht, also dafür, wie man das Schnorrerproblem innen Griff kriegt: am besten gebense nächstes Jahr zwei Fähnchen aus, einmal das rote für drei Mark und die Wehzett verteilt welche mit ner anneren Farbe und am besten auch ner anneren Form für die Schnorrer, vielleicht orange oder gelb, damit das auch ordentlich auffällt, und in Sternform vielleicht, damit jeder gleich erkennt, wer sich auf seine Kosten billig amüsieren will. Ich glaub aber, dass die ganzen Stände auch so nicht schlecht verdient haben, und die Schausteller auch, und da ist mir dann gleich noch ne Idee gekommen. Da gabs nämmich Probleme mitm Riesenrad, erst mitm Aufstellen, weil das so schwer war dies Jahr, dasse Angst hatten, der Bontekai bricht zusammen, und dann, als es schon stand, hat sich jemand beschwert, weil er das Ding nun direkt vor seinem Balkon hatte und nur noch Riesenrad sah und keine Aussicht mehr. Und da hat der doch tatsächlich nun so ne Art Schmerzensgeld für gekricht, musst dir mal vorstellen! Also, is doch ganz klar, nächst Jahr lad ich die mit ihrem Riesenrad gleich ein zu mir innen Garten, Schmerzensgeld können wir dann schon vorher aushandeln und ich bin fein raus und die ham ihre Ruhe. Und Willi, was mein Nachbar ja is, der kann sich mitm Discozelt in seinem Garten was dazu verdienen und Tant Käthe nimmt sicher ne Gyrosbude mit inne Einfahrt. So wird das Wochenende an der Jade so richtig zum Volksfest, wo dann jeder was von hat.

Nächst Jahr is ja nun auch die Eckspoh und dauernd gibt's da schon Signale für und Generalproben, das ist alles das, was in den letzten Jahren ne ganz normale Veranstaltung war, Hafenschwimmen zum Beispiel, aber nu is das immer gleich Üben für die Eckspoh. Find ich gut, dasse das alles so richtig ernst nehmen, kann man ja gar nicht früh genug mit anfangen, mitm Üben, mein ich. Und deswegen kommt einem das, was die Stadt für die Eckspoh alles so an Besonderheiten geplant hat, wohl auch irgendwie so bekannt vor, also Konzerte, son Mjusickel im Stadttheater, Teeahter am Rosenhügel, Drehorgelspielen, Kunst inner Galarie ‚M' – na ja, nix, was den normalen Mitbürger in Schrecken versetzt, dass er sich nun völlig umstellen muss, bloß weil Eckspoh is.

Apropoh Teeahter, das wird ja nun ganz neu angemalt, dieses Wandbild, was ich ja immer schon son bisschen wild fand, is nun weg, und dafür wird nun alles in ‚Umbra' und ‚Siena' angestrichen, hab ich nachgekuckt, ist aber bloß braun und soll den Baustil der italjenischen Renässangs nachmachen. Ist das nicht toll, mein Kuddl, wie wir wieder so internatzjonal dastehen und mitten zwischen Volksbank und Sparkasse die italjenische Renässangs in braun zu blühen anfängt? Mit'm Teeahter is sowieso ne Menge los, früher hamse ja immer am Rosenhügel son schwer verdauliches Kulturzeug gezeigt, Schimmelreiter und Göhte und Scheekspier und so, und nun auf einmal gibt's das ‚Weiße Rössel' mit'm richtigen Bierzelt drumrum, das find ich ja viel schöner und ne richtig gute Idee von dem neuen Intendanten, muss man nich so viel bei denken und kann fast alles mitsingen.

Bei der Stadt hamse auch mal wieder ne gute Idee gehabt, die lassen nämlich jetzt ausländische Schüler und Studenten das städtische Unkraut überall rausreißen, für ohne Bezahlung natürlich, weil das nämmich Wörk-Kämp heißt und kulturell wertvoll und völkerverbindend is. Kostet die Stadt echt fast nix, wohnen tun die in Zelten am Grodendamm und in der Freizeit kucken sie sich Sa- chen an, die sowieso schon da sind. Das könnt man doch gut noch ausbauen, meinst nicht? Die bräuchten ja nich immer bloß inne Rabatten rumwühlen, sondern könnten doch auch gut innen Schulen Fenster reparieren, Wände streichen oder am Bau arbeiten oder Akten sortieren bei der Verwaltung oder was es sonst noch alles so Nützliches gibt. Zum Beispiel auch den Parkplatz rund um die Kopperhörner Mühle bauen, da kommt nämmich nun son Supermarkt hin und weil die Autos ja auch ihren Lebensraum brauchen, muss das ganze überflüssige Gestrüpp drum-

zu natürlich weg, da regen sich jetzt son paar Leute enorm drüber auf, wegen Denkmalschutz und so, weiß garnich, was die haben. Passt doch bestens zusammen, der Supermarkt und die Mühle, weil da nämmich auch'n Bäcker mit bei sein soll und dann könnense doch einfach aus der Mühle sonen Brotschopp machen, nich, also Müller, mahlen, Mehl, Brot, is doch richtig ursprünglich und historisch, muss man doch'n bisschen fleckzibel sein heutzutage.

So, mein Kuddl, nun muss ich auch schon wieder los, gibt nämmich ne Pahtie im Wattenmeerhaus, mitm niedersecksischen Umweltminister, weilse feiern wollen, dasse vom Land Geld kriegen, weil der Minister gesagt hat, dass son Wattenmeerhaus gut dafür ist, Naturbelassenheit und Naturerfahrung zu erleben, also dass man das lernt. Und weißte, wie sie das feiern? Mitm Krabbenessen, das ist doch nun auch wieder ne gute Idee, was? Weil sind die Krabben erstens typisch fürs Wattenmeer und dann ja auch naturbelassen, bis auf dasse tot sind, und kannste die Naturerfahrung machen, wie gut die schmecken. Obse damals, als sie die Serengeti von dem Prohfesser Dschimmeck eingeweiht ham, zur Einweihung auch wohl Löwenhack und Elefantengeschnetzeltes zu essen gekricht ham? Weiß man so nix drüber, ich könnt mir auch eher vorstellen, dasse hier mal wieder Wilhelmshavener Zeichen gesetzt ham.

Also, bis nächstmal und'n ganz dicken Knutsch von

Dein Theda